

387

Frankenberger Tageblatt

Begründet 1842.

Bezirks-Anzeiger

70. Jahrgang.

Amtsblatt für die königliche Amtshauptmannschaft Illoha, das königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Frankenberg i. Sa.

Verantwortlicher Redakteur: Franz Köhler in Frankenberg i. Sa. — Druck und Verlag von C. G. Köhler in Frankenberg i. Sa.

Erstheft an jedem **Wochentag** abends für den folgenden Tag. Bezugspreis vierteljährlich 1.40 M., monatlich 50 Pf., halbjährlich 2.70 M., jährlich 5.00 M., einschließlich Porto. Einzelnummern 10 Pf. **Abbestellungen** werden in unserer Geschäftsstelle, von den Voten und Ausgabenstellen, sowie von allen Postanstalten Deutschlands und Österreichs angenommen. Nach dem Zustande Berlins besonders mit Kreuzband.

Wahrnehmungen sind rechtzeitig anzugeben, und zwar größere Inserate bis 9 Uhr vormittags, kleinere bis spätestens 11 Uhr mittags des jeweiligen Ausgabestages. Für **Aufnahme von Anzeigen** an bestimmter Stelle kann eine Garantie nicht übernommen werden. **51. Telegramme:** Tageblatt Frankenberg/Jachsen.

Anzeigenpreis: Die 6-sp. Zeile oder deren Raum 15 Pf. bei Vorkasse. In amtlichen Zeitungen pro Zeile 40 Pf.; Einzelanfertigung in Redaktionsstelle 35 Pf. Für schwierigen und tabellarischen Satz Aufschlag. Für Wiederholungsabdruck Ermäßigung nach feststehendem Tarif. Für Nachweis und Offerten-Aannahme werden 35 Pf. Extragebühr berechnet. **Inschriften-Aannahme** auch durch alle deutschen Annoncen-Expeditoren.

- Es sind zu zahlen:
1. die **Brandkasse** auf den 1. Termin d. J. und zwar für die Gebäude mit 1 Pf. und für die Maschinen mit 1/2 Pf. für die Einheit, am 1. April 1911,
 2. die **Gemeindeanlagen** auf den 1. Termin bis 8. April 1911,
 3. die **Biersteuer** auf das 1. Vierteljahr d. J.
 4. die **Brandweinsteuer** auf das 2. Vierteljahr d. J. } bis 8. April 1911,
 5. das **Bürgersteuergeld,**
 6. das **Bauschulgeld,**
 7. die **Dienstboten-Krankenkassensteuer** } allmonatlich.
- Frankenberg, am 31. März 1911.
Der Stadtrat.
- Im hiesigen Handelsregister ist heute auf Blatt 446, betreffend die Firma **Greten Stewitzsch,** eingetragen worden:
Die Firma ist erloschen.
Frankenberg, am 29. März 1911.
(A. Reg. 139/11.)
Königliches Amtsgericht.

Webeschule.

Die **vierteljährliche Prüfung** der Webeschule findet **Montag, den 3. April, nachm. von 4 Uhr ab** im Saale des Webermeisterhauses statt, zu deren Besuch alle Freunde der Schule, Lehr- und Jungmeister hierdurch freundlichst eingeladen werden.

Die **Schülerarbeiten** liegen bereits **Sonntag von vormittags 11 Uhr an** zur allgemeinen Besichtigung aus, auch findet am gleichen Tage von **vormittags 11 bis 1/1 Uhr praktisches Weben** statt.

Frankenberg, am 30. März 1911.
Der Vorstand der Webeschule.
Wilhelm Grahmann, Vorst. Guido Hertold, Dr.

Die Cat in Stambul.

Der deutsche Instruktionsoffizier in Konstantinopel, Oberst von Schlichting, ist von einem albanesischen Soldaten erschossen worden, als er diesem in Reich und Glied die Kopfbedeckung zurecht rückte. Die Tat hat großes Aufsehen erregt, weil noch niemals so etwas vorgekommen ist, obwohl schon zahlreiche deutsche Offiziere in türkischen Diensten tätig waren, und weil der osmanische Soldat stets ein Muster in der Disziplin gegenüber seinen Vorgesetzten gewesen ist. Das Ereignis erklärt sich indes un schwer. Der religiöse Fanatismus kann nicht so leicht unterdrückt werden und er ist gerade in Albanien, woher der Mörder stammt, in hohem Maße entwickelt. Der Mann ist durch die nur gut gemeinte Verhütung des christlichen Offiziers aufgeregt worden, hat die Befehle verstoßen und die Tat begangen. Der Mörder meinte mehrere solcher persönlicher Kränkungen, z. B. das Raufen seines Bartes, wie denn im ganzen Orient solche Anschauungen sich finden. In Indien wird der Angehörige einer höheren Kaste „verunreinigt“, wenn er von einem niedriger stehenden Landsmann oder von einem Fremden angefasst wird. Im großen indischen Militärkontingent gegen die Engländer waren die eingeborenen Truppen, weil man ihnen gesagt hatte, die Patronen seien mit Schweinefleisch gesetzt, und das Schwein ist für die Hindus ein unheilvolles Tier. Nach diesem Vorgang in Konstantinopel werden gewiß entsprechende Maßnahmen getroffen werden, ähnliches in Zukunft zu verhüten. Daß der getödete Offizier sich seiner Schuld bewußt war, ist unzweifelhaft.

gegen alle Christen und Fremden richtete. In Zukunft scheint auch hier ein friedliches Nebeneinanderwohnen vorzuziehen. So wird der Mord von Konstantinopel eine Ausnahme bleiben.

Vom Reichstag.

158. Sitzung am 29. März mittags 12 Uhr.

Präsident Graf Schwerin-Ludwig erklärt, daß die umfangreiche Tagesordnung heute aufgearbeitet werden muß. (Rufe des Entschlusses.) Einmütig soll eine Abend Sitzung stattfinden. Die Vorlage über die Tagesgelder, die Fuhrkosten und Anzugskosten der Kolonialbeamten geht an die Budgetkommission. Die kleine Resolution zum Verbot der Wucherzinsen wird in erster und zweiter Lesung erledigt und angenommen. Es folgt der Etat der Reichseisenbahnen. — Abg. Stolle (log.) berichtet über eigene unangenehme Erfahrungen auf südlichen Bahnen und fordert eine Revision der Verkehrsbedingungen. Er spricht ferner über die Berliner Stadtbahn; das Reichseisenbahngesetz darf sich von Preußen nicht unterbieten lassen. Es ist doch eine der preussischen Bewusstseinsübergeordnete Beschränkung. — Abg. Dr. Richter (Centr.) spricht gegen die vom Abg. Bebel gewünschte Veranschaulichung des Verkehrs der deutschen Bahnen. Eine Herabsetzung der Gütertarife ist unmöglich, denn die Eisenbahnen sind ein Geschäft, das einen beträchtlichen Reingewinn abwerfen soll. Notwendig ist aber der Ausbau der Stationen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit. — Abg. Carstens (Sp.) fordert eine einheitliche Regelung der Dienststellen und der Ruhepausen mit dem Ziele einer Vereinfachung der Dienststellen. Grundsätzlich ist, daß die Zahl der Angestellten auf den deutschen Bahnen in den letzten zehn Jahren erheblich zurückgegangen ist. — Abg. Schwabach (natl.) erhebt Anstöß gegen die Frage der Festlegung der Eisenbahnen bei Sachschäden. Notwendig ist eine Erleichterung der juristischen Abfertigung. An der Forderung einer finanziellen Gemeinschaft der deutschen Eisenbahnen halten wir fest.

Präsident des Reichseisenbahnamts Wackerzapp: Löhne und Arbeitszeit werden ständig besser gehalten. Im allgemeinen kann das Personal zufrieden sein. Es ist unrichtig, daß es am Schlusse der Dienstzeit übermüdet ist. Dann müßten ja die meisten Anfälle am Ende der Dienstzeit vorkommen. Das ist nicht richtig. Trotz der Betriebsvergrößerung steigt die Verkehrssicherheit ständig. Der Wert der automatischen Sicherheitsvorrichtungen wird vielfach überschätzt. Ueber die Frage der Haltung bei Sachschäden stehen die Eisenbahnen. Die juristischen Revisionen werden schon jetzt vereinfacht. — Die Abg. Hindenburg (wirtsch. Pa.) und Berner (Wsp.) fordern eine Verringerung der Dienstzeit und Ruhepausen für die Eisenbahner. — Abg. Veder (log.): Preußen bereichert sich auf Kosten der übrigen Staaten, 12 Millionen Ueberflus sieht es aus Thüringen, ohne daß dieses einen Pfennig zu sehen bekommt. — Präsident Wackerzapp: Die übrigen Staaten haben durch den Anschluß an Preußen wirtschaftlich nur gewonnen. — Ein Schlußantrag wird angenommen. Der Etat des Reichseisenbahnamts wird erledigt, ebenso der der Reichsdrucker.

Es folgt der Etat des Reichstags. Abg. Dr. Pfeiffer (Str.): Die Ausdehnung des Reichstags macht gute Fortschritte. Hoffentlich schwinden auch bald hier oben an den Wandflächen die grauen Stellen und veranlaßt man einen künstlerischen Bemalung, aber nicht mit einseitig vornehmender Auswahl. — Abg. Dr. Wagner (konl.): bekräftigt einen Antrag auf Ausmerzung der Fremdwörter aus der Geschäftsordnung des Reichstags. — Abg. Wed (Soz.) führt Beschwerde über schlechte Besichtigung der Diener des Hauses. — Abg. Kämpf (Wp.): Dem Handelstag ist leider das Material über die Schiffsverkehrsgebühren verweigert worden, wir vermahnen und dagegen. Diese Geheimniskrämererei muß aufhören. — Abg. Jund (natl.) bedauert gleichfalls, daß dieses Material der Öffentlichkeit nicht zur Verfügung gestellt wurde. Das Parlamentarische Recht muß wissenschaftlich festgelegt werden. — Abg. Graef (wirtsch. Pa.): Wir hatten unseren Antrag von allen Fremdwörtern gestrichelt, es wurde aber erklärt, daß ein solcher Antrag nicht gedruckt werden könne. (Heiterkeit.) — Präsident Graf Schwerin: Der Antrag war als Adresse an den Präsidium gerichtet, was der Geschäftsordnung nicht entspricht. — Es entspannt sich sodann eine längere Debatte über den Verfall eines dem Reichstagsgebäude benachbarten Grundstücks, der bereits im vorigen Jahr seitens der Regierung erfolgt ist. — Abg. Dr. Krenn (Sp.) erklärt sich für den Antrag Wagner, sowie gegen Dänen für eine Herbstsitzung. — Abg. Veder (Soz.): Bei der jetzigen Arbeitsmethode des Reichstags mit den Hundstagen Sitzungen ruinieren wir unsere Gesundheit. Auch die Presse kann ihrer Aufgabe nicht mehr gerecht werden. Darunter leidet das Interesse des Volkes, sowie der gesamte Parlamentarismus. — Abg. Jhr. v. Camp (Sp.): Der Reichstag ist selbst an allem schuld. Ich bitte die Abgeordneten dringend, durch Selbstkritik zur Hebung des Reichstags beizutragen. Dasselbe gilt für die Herren der Regierung. Bezeichnen wir uns endlich in den Reihen. — Abg. Wetzberger (Str.) tritt in längeren Ausführungen für

für eine Reform ein. — Abg. Veder (Soz.) wirft dem Abgeordneten Wetzberger vor, daß er erhält dafür vom Präsidenten einen Dankschreiben.

Staatssekretär Bernuth: Ich möchte nur feststellen, daß der Etat diesmal ebenso rechtzeitig eingebracht worden ist wie früher. (Rufe: Zu wenig rechtzeitig!) — Präsid. Graf Schwerin erklärt, daß er alle Anregungen sorgfältig prüft und besonders dafür eintritt, daß die Beschlüsse über die Behandlung auf der Eisenbahnen wegfallen. — Der Etat des Reichstags wird erledigt, der Antrag Wagner über die Fernverkehr wird angenommen. — Der Etat für den Rechnungsjahr wird ohne Erörterung erledigt, ebenso der Etat für den allgemeinen Postfonds. — Das Haus vertagt sich. Von einer Abend Sitzung wird Abstand genommen.

Donnerstag 12 Uhr: Etat des Reichstags und des kaiserlichen Amtes, ferner Höhe und Reichstagsamt.

1000 Tage Ablauf.

Die ultramontane „Köln. Volksztg.“, die sonst den Abfallhandel als eine protestantische „Geschichtslüge“ hingestellt pflegt, hat eine für sie höchst beschämende Entdeckung gemacht: Auf der Leipziger Messe, Peterstr. 17, I. r., und Königshaus, H. L., Stand 321, hat Fritz Lade aus dem als Wallfahrtsort bekannten Revelar Klöster ausgestellt und darüber ein großes Plakat angebracht: „1000 Tage Ablauf“. Auch er sucht er „Reisende und Wiederverkäufer, auch stille Vermittler“, sich — genügend zu informieren, „wie die höchsten, unschätzbaren Güter für das ewige Leben leicht und sicher zu erwerben sind“.

Dem „Leipz. Tagebl.“ wird dazu geschrieben: Mit einem Anflug von Schamröte muß sogar das ultramontane Blatt vom Rhein bekennen, daß dieser Herr Lade, der Bischöfen und Priestern seine „Märchen“ mit 30 Prozent Rabatt oder gar als „Präsent“ anbietet, mit der rührenden Begründung, „da ich im guten Glauben wirkte“, an einer anderen Revelar Firma eine rühmliche Konkurrenz hat. Diese Schwärze ihrer Firmenschilder mit der Muttergottes von Revelar und führt die Devise: „Danke rückwärts, mutig vorwärts, gläubig aufwärts!“

Der „maßlose Industrialismus“ des Revelar Devotionalienhandels war jedermann längst bekannt und ist von Josef Hauff in seinem neuesten Roman „Revelar“ und schon früher für Köln von Gutzkow in seinem Roman „Der Zauberer von Rom“ anschaulich geschildert worden, ist nur von den ultramontanen Blättern vermutlich „übersehen“ worden. Daß freilich dergleichen auch in dem vorwiegend protestantischen Leipzig in die Erscheinung tritt, und daß sich jedermann auf der Leipziger Messe von diesem „Unfug“ überzeugen kann, ist für sie doppelt peinlich. Nur die Rücksicht auf die abfälligen Bemerkungen der „Andergläubigen“ treibt die „Köln. Volksztg.“ dazu, „einen ershörenden Schritt, ein befreiendes Wort von kompetenter kirchlicher Stelle zu erwarten.“ — Worten wir's ab, ob dieses Wort gesprochen wird. Fast möchte man im kulturellen 20. Jahrhundert die Sache für einen lächerlichen Aprilscherz halten — aber 's ist leider bitterer Ernst!

Landtagsersatzwahl in Bautzen-Land.

Bei der am Mittwoch vorgenommenen Landtagsersatzwahl im fünften ländlichen Wahlkreis, die infolge des Todes des konservativen Abgeordneten Sobe nötig geworden war, erhielten der konservative Kandidat Gemeindevorstand Barth 7323 Stimmen, der Sozialdemokrat Wollmann (fortsch. Sp.) 959 und Zigarrenhändler Bernhard Kraut (log.) 831 Stimmen. Barth ist somit gewählt.

Der Wahlkreis, dessen Einwohner zum größten Teil Bauern sind, ist sicherer Besitz der Konservativen. Bei den Hauptwahlen im Jahre 1909 wurden für den verstorbenen Abgeordneten Sobe 7117, für den fortschrittlichen Kandidaten 435 und für den Sozialdemokraten 1386 Stimmen abgegeben. Vergleicht man beide Resultate miteinander, so ergibt sich,

in neuester Zeit mit dem Wiederaufleben türkischen Selbstgefühls auch der religiöse Fanatismus sich gesteigert hat. Die Albanesen gehöhen von je zu den eifrigsten, aber auch rücksichtslosesten Moslems, die ihren eigenen Behörden viele Schwierigkeiten in blutigen Kämpfen bereitet haben. Immerhin bilden sie Ausnahmen. Es sind achtzig Jahre her, seitdem Hellmut von Moisse, unser späterer großer Strateg, Dienst in der Türkei tat, und von ihm bis auf den Generalobersten von der Goltz, der im vorigen Jahre die ganze Armee des Sultans neu organisierte, haben die deutschen Offiziere fast nur angenehme Erinnerungen von ihrem Aufenthalt im Osten mitgebracht. Daß sie mit den orientalischen Besonderlichkeiten in der alttürkischen Verwaltung zu kämpfen haben würden, wußten alle im voraus, und wer sich damit nicht befreunden konnte, ließ dabei oder lebte bald wieder. Militärisch erwiesen sich namentlich in neuester Zeit die Offiziere des Sultans als gute Kameraden, und Feind von der Goltz hat vor seiner letzten Abreise aus Konstantinopel das noch ausdrücklich hervorgehoben. Auch der deutsche Name ist auf der Balkanhalbinsel so populär, daß in ihm absolut nicht ein Beweggrund zur Aufreizung und zum Haß gesehen werden kann.

Es ist nicht überflüssig, auf diese Dinge einzugehen, weil es nicht an Behauptungen aus anderen Ländern fehlen wird, die deutschen Instruktionsoffiziere in der Fremde seien zu streng und wählten die Leute nicht zu behandeln. Die letzte Beschuldigung dieser Art wird laut nach dem Zustand eines Teils der Marine in Brasilien und letzte mehrere Male wieder, obwohl ihre Grundlosigkeit genügend nachgewiesen worden war. Es ist namentlich in London und in Paris ein eifriges Bestreben, Offiziere in fremde Dienste zu Konstitutionsproben zu senden, die nicht allein auf militärischem, sondern auch auf politischem Gebiet Einfluß gewinnen sollen. Die deutschen Herren haben sich, der ihnen erteilten strengen Befehle gemäß, nie in politische Angelegenheiten eingemischt und sind darum auch um häufigsten aufgesucht worden. Das wird auch hoffentlich so bleiben. Wir haben keine Aussicht, mit irgend einer dieser Nationen Kontakt in Konflikt zu geraten; geschehen ist dies letztere nur in China bei dem Zustand der Goltz, der sich aber nicht gegen die Deutschen allein, sondern